

Presseinformation

An die Vertreterinnen und Vertreter
der Medien

Wiesbaden, 23. April 2018

Kleine Anfrage der Abgeordneten Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl, Verena Hartmann und der Fraktion der AfD an die Bundesregierung (Fragen 3 und 4)

Bundestagsdrucksache 19/1444 vom 22.03.2018

Anlässlich der Kleinen Anfrage der Fraktion der AfD im Deutschen Bundestag zu „Schwerbehinderten in Deutschland“ (Drucksache 19/1444) erklärte die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen, Maren Müller-Erichsen:

„Keine Partei in Deutschland, die sich unseren demokratischen Prinzipien und den Werten des Humanismus verpflichtet fühlt, sollte solche menschenverachtenden Fragen stellen. Die AfD erkundigt sich nach der Zahl der Menschen mit Behinderungen und verbindet diese Frage in einem Zusammenhang mit Inzucht sowie Migrantinnen und Migranten.

Diese Geisteshaltung erinnert an die dunkelste Epoche deutscher Geschichte als Kinder, Frauen und Männer mit Behinderungen willkürlich und auf grausamste Weise ermordet wurden, weil sie von einem faschistischen Unrechtsstaat entmenschlicht wurden. Es ist die Aufgabe eines jeden aufrechten Demokraten in der Bundesrepublik dieses Gedankengut zu bekämpfen.

Als Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen hat mich diese Anfrage der Fraktion der AfD sehr wütend gemacht, weil ich mir die Partizipation von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zum Lebensziel gemacht habe.

Für mehr als 623.000 Menschen mit Behinderungen ist diese grausame Anfrage nichts anderes als ein Schlag ins Gesicht. Ich möchte in einem Land leben, in dem die Vielfalt der Menschen toleriert und akzeptiert wird. Bei uns gibt es Regeln für das Zusammenleben und wie wir miteinander umgehen. Dazu gehört auch eine weltweit anerkannte UN-Behindertenrechtskonvention, deren Ziele wir gemeinsam umsetzen wollen und werden.“

Maren Müller-Erichsen

Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Menschen mit Behinderungen